



Mittelbadener Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen, Preis pro Monat 1.60 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland monatlich 1.76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enzthalbad & Co., Wildbad; Forchheimer Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postfach 2014 Enzthalbad. — Anzeigenpreis: Die einfache Zeile ober dem Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Retentionspreis 50 Pf. — Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung der Preise werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeit weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Büchelstraße 10, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollner

Laufanner Konferenz verschoben Frankreichs Standpunkt durchgesetzt

Paris, 19. Januar. Havas meldet halbamtlich unter Hinweis auf die bisherigen diplomatischen Verhandlungen und die Besprechungen Cavals mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch:

Wegen der Wahlen, die im Lauf des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden, verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer endgültigen Lösung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage gelangen kann. Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für 6 Monate oder 1 Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern. Wenn die Verständigung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplanes auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Laufanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden, da der Kern der Frage nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung eines Abkommens, das für die stillschweigende Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums nötig ist, genügen.

Ministerpräsident Caval läßt durch den französischen Botschafter in Washington erforschen, wie die dortigen maßgebenden Kreise sich zu einer etwaigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums stellen würden.

In Berlin wird wiederholt erklärt, daß die Reichsregierung auf der Abhaltung der Laufanner Konferenz am 25. Januar bestohe. Eine Verzögerung der Lösung würde nur die Weltkrise verschlimmern.

Die Meinung in England

London, 19. Jan. Die Londoner Presse scheint sich mit der französischen Forderung der Verschiebung der Laufanner Konferenz abfinden zu wollen. Nachdem das Programm geändert sei, läme der Konferenz überhaupt keine große Bedeutung mehr zu. Mac Donald werde daher, wie die „Morningpost“ wissen will, wahrscheinlich nicht teilnehmen. Bertinot meldet dem „Daily Telegraph“ aus Paris, wenn die deutsche Reichsregierung auf der Einberufung der Konferenz bestehen würde, so müßte sie wohl abgelehnt werden, ein anderes Ergebnis als den Vorschlag Frankreichs werde sie nicht haben.

Notverordnung über außerordentliche Zollmaßnahmen

Berlin, 19. Jan. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Fall eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Land handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Die Verordnung tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Tagespiegel

Der Preiskommissar hat auf Grund seiner Verhandlungen mit den Brauereien angeordnet, daß der Bierpreis ab 1. Februar um 2 Mark je Hektoliter Vollbier gesenkt wird, also von 49,85 auf 47,85 Mark. Der Ausschankpreis soll eine entsprechende Senkung erfahren.

Der Fehlbetrag im schiffschen Staatshaushalt 1931 beläuft sich auf 14,5 Millionen Mark.

Das umgebildete Kabinett Caval hat sich am Dienstag nachmittag dem Parlament vorgestellt, wobei Caval eine Regierungserklärung vertas.

Brind ist in der kritischen Kammerführung am Dienstag ferngeblieben, um nicht in Person Ursache für Angriffe gegen das Kabinett zu geben.

Nach dem Senat hat auch das Abgeordnetenhaus in Washington den vorläufigen Betrag von 450 000 Dollar für die Ausgaben der amerikanischen Teilnehmer an der Genfer Abrüstungskonferenz bewilligt.

Die Verordnung bezieht sich in erster Linie auf die bevorstehende Erhöhung des Butterzolls von 50 auf 120 Mark je Doppelzentner.

Der Reichslandbund hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Durch fortgesetztes Fallen der Butterpreise ist die deutsche Milchherzeugung aufs schwerste gefährdet. Sofortige Erhöhung des Butterzolls auf mindestens 250 Mark je Ds. ist angesichts der verschiedenen rechtlichen Bestimmungen unumgänglich. Gleichzeitig fordern wir energisches Anstrengen der Margarine und ihrer Grundstoffe durch Zölle. Jeder Tag Zeitverlust verschärft die landwirtschaftliche Katastrophe.

Gefahr für das Saargebiet

Das Saargebiet mit seinen 800 000 rein deutschen Bewohnern ist das letzte Stück deutscher rheinischer Erde, auf dessen Rückkehr ins Reich wir ein im Versailler Vertrag verbrieftes Recht haben. Auf das Saargebiet erhebt aber auch Frankreich noch wie vor seine Ansprüche. Ein zielbewußter französischer Wille besteht: das Saargebiet als letztes Stück der alten französischen Rheinpolitik doch noch in irgendeiner Form Frankreich dienstbar zu machen und vom Reich zu lösen.

Frankreich hält als Besitzer der Saargruben die Hand an der Gurgel des saarländischen Wirtschaftslebens. Es ist dadurch der eigentliche Regent im Saargebiet und verurteilt die Regenschhaft des Völkerbundes zu einem Scheindasein. Die französische Saarbergwerksverwaltung ist aber auch der größte Arbeitgeber im Saargebiet. Ihr unterstehen rund 60 000 Saarbergleute, insgesamt eine Bevölkerung von rund 300 000 Köpfen. Die Bergknappen sind also in gewisser Beziehung Untertanen des französischen Staats geworden. Frankreich achtet die einfachsten Menschenrechte dieser deutschen Saarbergleute gering. Es verliert auch heute noch in unerhörter Weise durch Drohungen diese rein deutsche Belegschaft dazu zu veranlassen, ihre Kinder in die Bergwerksschulen zu schicken und sie der deutschen Volksschule obrütig zu machen. Die Saarregierung hat dieser brutalen Vergewaltigung wenig Einhalt geboten. Selbst nach den Bestimmungen des Friedensvertrags wäre Frankreich längst verpflichtet gewesen, die Saarbergwerke dem rechtmäßigen Besitzer Deutschland zurückzugeben. Die Saargruben wurden ja angeblich dem französischen Staat mit einer beschränkten Zeitdauer nur überlassen, um als Wiedergutmachung für die zerstörten nordfranzösischen Gruben zu gelten. Diese Bergwerke in Nordfrankreich haben aber ihre Friedensförderung bereits im Jahr 1926 wieder erreicht. Der französische Staat hat aber andererseits allein bis zum Jahr 1930 bei voller Berücksichtigung des Ausfalls der Förderung der nordfranzösischen Gruben von 1918 bis 1930 aus den saarländischen Bergwerken einen Gewinn von über 65 Millionen Tonnen Kohlen zu verzeichnen. Frankreichs Anspruch auf den weiteren Besitz der Saargruben ist also tatsächlich bereits längst erloschen.

Da nun aber am 10. Januar 1925 das Saargebiet auch noch ein Teil des französischen Zollgebiets geworden ist, so verliert gerade auch jetzt wieder Frankreich, das Saargebiet wirtschaftlich mit Frankreich zu verfriden. Es hat ganz einfach die französische Zollerhöhungs- und Kontingentierungspolitik auch im Saargebiet durchgeföhrt. Deutschland kann infolgedessen kaum mehr die Saarbevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mit Schuh- und Wirkwaren, Holz usw. versorgen. Das Saargebiet hat bisher mehr Erzeugnisse als ganz China, als Rumänien und Ungarn von Deutschland abgenommen. Wenn nun jetzt künftig der Saarbevölkerung dieser Bezug aus dem Reich unterbunden wird, dann bedeutet das einfach den Ruin des Saargebiets. Es wird eben nicht mehr an den billigen deutschen Breiten teilnehmen, sein Verbrauch und seine Produktion verteuern sich. Die Saarmirtschaft, die ihre hauptsächlichsten Erzeugnisse nach Deutschland liefern muß,

tann es dann nicht, da sie konkurrenzunfähig geworden ist. Nichts anderes als die völlige wirtschaftliche Vernichtung des Saargebiets steht heute vor der Verwirklichung.

Gewiß ist das Saargebiet durch eine Kolonisation mit Frankreich verbunden, es besteht aber kein französisches Protektorsverhältnis. Eine Kolonisation schließt Rechte und Pflichten für beide Teile in sich. Die Regierungskommission des Saargebiets ist daher unbedingt verpflichtet, alle politischen Maßnahmen Frankreichs daraufhin zu prüfen, ob sie von Vorteil oder Nachteil für die ihr zu treuen Köpfe anvertraute Saarbevölkerung sind. Könnte hätte der Völkerbund Veranlassung finden müssen, die Herrschaft in einem neutralen Geist durchzuführen.

Der Völkerbund hätte jetzt wirklich Veranlassung, auf seiner Januarsagung, auf der er zwei neue Saarminister an Stelle des bisherigen Präsidenten, des Engländers Willton, und des Tschechen Bezzenstka, zu wählen hat, endlich für ein neutrales Regime im Saargebiet Sorge zu tragen. Beiden kann nicht das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie auch nur im entferntesten daran dachten, für ein neutrales Regime im Saargebiet zu sorgen. Der Völkerbundsrat wird jetzt bei der Neuwahl vor einer Entscheidung stehen, bei der auch seine Ehre und sein Ansehen auf dem Spiel steht. Der jetzige englische Außenminister Sir John Simon hat im englischen Unterhaus am 10. Mai 1923 gesagt: „Die englische Regierung trägt eine schwere Verantwortung und hat alle Veranlassung, der Saarregierung Einhalt zu gebieten, die den Völkerbund der Verachtung und dem Spott aussetzt und es vollkommen unmöglich macht, doch es bei internationalen Verhandlungen dieser Art eine gerechte Wahrnehmung seiner Interessen finden würde.“ Die Rechte der Saarbevölkerung wurden noch immer im weitesten Maß mißachtet.

Jetzt muß endlich ein Wandel in dieser Hinsicht geschaffen werden. Noch knapp drei Jahre trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem selbst nach dem Versailler Friedensvertrag das Saargebiet wieder ein fester, unlöslicher Teil des Deutschen Reichs werden muß. Möge der Völkerbundsrat auch unter der Tatsache dieses immer näherrückenden Termins keine Entschuldigungen treffen.

Der Abfindungstreit in Thüringen

Jena, 19. Jan. Das thüringische Oberlandesgericht hat am Montag in der Zivilprozesse des Herzogs von Altenburg gegen das Land Thüringen ein Urteil verkündet, in dem die Klage des Herzogs auf Rückgabe des gesamten, durch den Vertrag vom Juni 1919 dem Land überlassenen Domänenfideikommissvermögens dem Grund nach für berechtigt erklärt wird. Entschieden wurde jedoch nur über einen Teilanspruch, und zwar hat das Land Thüringen vier Grundstücke im Wert von etwa 10 000 Mark gegen eine Sicherheitsleistung in gleicher Höhe herauszugeben. Die Gegenansprüche des Landes aus dem angefochtenen Vertrag bleiben dem Schlußurteil vorbehalten.

Der Vertrag von 1919, so führte das Oberlandesgericht in seiner Urteilsbegründung aus, sei nicht stimmwidrig; denn der Herzog sei angemessen entschädigt worden und man habe keinen unzulässigen Druck auf ihn ausgeübt. Der Vertrag weise aber schwere formale und sachliche Mängel auf. Er hätte gerichtlich oder notariell beurkundet werden müssen. Die erforderlichen Grundstücaufstellungen auf das Land seien zum Teil nicht erfolgt. Ferner sei die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nicht eingeholt worden, die erforderlich gewesen wäre, weil die minderjährigen Prinzen durch den Vertrag ihre Anwartschaft auf das Fideikommiss und ihr ganzes zukünftiges Vermögen aufgegeben hätten, ohne dafür entschädigt worden zu sein. Zum Schluß erklärte das Oberlandesgericht, die Klage auf Rückgabe des gesamten Grundbesitzes wäre zwar begründet, sie liegt im Armenrecht — das der Herzog in Anspruch nehmen mußte — durchzuführen, wäre aber wegen des außerordentlichen Kostenaufwands weder zweckmäßig noch zulässig.

Angeichts dieser für das Land ungünstigen Rechtslage wird der Landtag kaum darum herumkommen, einem Vergleichsabschluß zuzustimmen, der auf eine nochmalige Abfindung des Herzogs hinauslaufen wird. Den Vorteil davon werden voraussichtlich nur die Gläubiger des völlig verschuldeten Herzogs haben. Die Verantwortung für die Formmängel, die zur Ungültigkeitserklärung des ersten Abfindungsvertrags führten, trägt die demokratisch-sozialistische Regierung, die im Jahr 1919 im ehemaligen Herzogtum Altenburg am Ruder war.

Neue Nachrichten

Die Frage des Wahlausschusses

Berlin, 19. Jan. Der frühere Reichswehrminister Gehrke, der zurzeit in Berlin weilte, hatte zuvor in München

eine Unterredung mit Hiller. Wie verlautet, ist es noch nicht sicher, daß Oehler an die Spitze des Wahlausschusses für Hindenburg treten wird.

Oberfahren zu den politischen Tagesfragen

Kassel, 19. Jan. Bei einer deutchnationalen Reichsgründungsfeier hielt der Abg. Dr. Oberfahren eine Ansprache, in der er u. a. sagte, die nationale Opposition mache der Reichsregierung und vor allem dem Reichskanzler den Vorwurf, daß sie durch ihre Aktion, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischen Wege zu verlängern, die ehrwürdige und vom deutschen Volk als Symbol empfundene Figur des großen Helden verkleinert habe. Mit dem Wort des Reichskanzlers, Deutschland könne keine Tribute mehr zahlen, sei es nicht getan. Das Wort müsse ergänzt werden: Wir wollen keine Tribute mehr zahlen. Wir haben es auch nicht mehr nötig, denn was in der Lansing-Note von 1918 gefordert worden ist, hat Deutschland restlos erfüllt; ja nach der rechtlichen und sachlichen Seite hätte Deutschland sogar das Recht, von Frankreich nicht unerhebliche Beträge zurückzuverlangen. Deutschland müsse auf die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz verzichten, weil die maßgebliche Forderung, Gewährung von Wehrfreiheit und Wehrgleichheit, von der Abrüstungskonferenz nie erfüllt werde. Die Kriegsschuldfrage müsse in öffentlicher Form widerrufen werden.

Noch 800 Millionen Osthilfe

Berlin, 19. Jan. Die Korrespondenz Osthilfe berichtet: Die Osthilfe arbeitet zur Zeit an einer neuen Vorlage, die dem Bedürfnis nach neuen und wirklich ausreichenden Mitteln Rechnung tragen soll. Dem Entwurf liegt die Annahme zugrunde, daß ein Bedarf von insgesamt 800 Millionen RM für das Sicherungsverfahren einerseits und die Entschuldung andererseits nötig sei. Natürlich bereitet die Beschaffung solcher großer Mittel Schwierigkeiten, in die die Währungsfrage, die Wirtschafts- und Handelspolitik, ja sogar die außenpolitische Lage hineintragen. Die Vergebung der Gelder soll durch die Industriebank erfolgen, zu der die ostdeutsche Landwirtschaft wegen ihrer sachlichen kaufmännisch-unpolitischen Arbeitsweise Vertrauen habe. Die Tatsache, daß von den 50 Millionen Krediten der Obligationenbank bisher noch nicht 1 Prozent verloren gingen, sei der beste Beweis für die innere Gelundung der ostdeutschen Landwirtschaft.

Schwerer politischer Zusammenstoß

Berlin, 19. Jan. In der Laubkolonie Felsenack in Berlin-Reinickendorf-Ost am Schönholzer Weg kam es heute früh gegen 12.45 Uhr zu einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Bis jetzt sind zwei Tote, ein Schwer- und sechs Leichtverletzte zu verzeichnen. Bei den Toten handelt es sich um den 60jährigen Nationalsozialisten Professor und Kunstmalers Ernst Schwarz aus Frohnau und um den 50 Jahre alten kommunistischen Arbeiter Fritz Klenke aus der Kolonie Felsenack. Schwarz wurde durch einen Weisfischer in die Herzgegend, Klenke durch Brust- und Kopfschuß getötet. Fünfzig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Amerikas Haltung auf der Abrüstungskonferenz

Washington, 19. Jan. Der amerikanischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz, die am Mittwoch nach Europa abreist, wurden von maßgebender Stelle die hauptsächlichsten Richtlinien mit auf den Weg gegeben. Danach wird Amerika diesmal im Hintergrund bleiben. Amerikas Hoffnung auf Erfolg der Konferenz beruht auf der Erwägung, daß die schwere Weltkrise die Nationen vielleicht geneigter mache für eine Verminderung der Rüstungen als bisher. Aber schon eine Begrenzung wäre ein Fortschritt. Wenn auch die Festsetzung eines gleichen Betrags für alle Wehrausgaben schon wegen der höheren Kosten in den Vereinigten Staaten unmöglich sei, so wäre doch der Vorschlag erwähnenswert, daß jedes Land seine Wehrausgaben im Verhältnis zu denjenigen in den früheren Jahren begrenze. Die Abordnung ist nicht ermächtigt, einen Sicherheitspakt oder die Frage der internationalen Schulden zu erörtern, denn es sei diesmal nicht Aufgabe Amerikas, sondern Europas, ein wirkliches Ergebnis zustande zu bringen.

Uebertritt der Landvolkpartei in Waldeck zu den Deutschnationalen

Berlin, 19. Jan. Der erweiterte Vorstand der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Waldeck hat beschlossen, die Parteiorganisation aufzulösen und zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Bis zur Aufnahme Waldecks in Preußen war diese Partei die zweitstärkste Partei des Landes Waldeck, die in dem dortigen Landtag fast die absolute Mehrheit aller Sitze besaß.

Frick wieder im Staatsdienst

München, 19. Jan. Der mit dem Titel eines Bezirksamtmanns ausgestattete Regierungsrat erster Klasse Dr. Wilhelm Frick, der bei seiner Ernennung zum thüringischen Minister auf sein Ansuchen aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden ist, wurde mit Wirkung vom 1. Februar, seiner Bitte um Wiederaufnahme in den bayerischen Staatsdienst entsprechend, zum Regierungsrat erster Klasse bei der Regierung von Oberbayern ernannt und als Mitglied des Obergerichtsamts bestellt.

Hausdurchsuchung im Parteibüro der SPD. in München

München, 19. Jan. Im hiesigen Parteibüro der Kommunistischen Partei sowie in den Räumen der RDC wurde heute eine Hausdurchsuchung durch die Polizei vorgenommen, bei der verschiedene Zeitschriften beschlagnahmt wurden. Eine Person wurde festgenommen.

Die neue österreichische Studentenchaftsordnung

Wien, 19. Jan. Der Bundesminister für Unterricht hat die Vorlage über eine Studentenchaftsordnung an den Hochschulrat dem Nationalrat zugestellt. Nach dem Entwurf können die Studierenden jeder an einer Hochschule vertretenen Nation einen Verein von national einheitslicher Zusammensetzung bilden. Alle Studentenchaften genießen volle Gleichberechtigung.

Der Boykott in Indien

Lahore, 19. Jan. Gestern hat in Lahore der Boykott begonnen, indem freiwillige Kongreßteilnehmer sich vor ausländischen Tuchgeschäften aufstellten. Eine Anzahl derselben wurde verhaftet.

106 führende kirchliche Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten haben in einem Telegramm Macdonald um die Freilassung Gandhis gebeten, damit dieser an der Lösung der indischen Frage mitarbeiten könne.

Die Strafanträge im Lübecker Säuglingsprozeß

In der Dienstag-Sitzung des bekannten Tuberkuloseprozesses in Lübeck beantragte der Oberstaatsanwalt Dr. Liebau auf Grund des § 222 Abs. 2 des Strafgesetzbuches (sahrlässige Tötung) gegen Professor Deycke und Obermedizinalrat Dr. Altschädt eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, gegen Professor Dr. Koch 1 Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schübe.

In der Anklagerede wies der Oberstaatsanwalt darauf hin, daß dem Angeklagten Professor Koch nach der Dienstweisung die Fürsorge über sämtliche Kinder im Kinderhospital oblag. Aus der auffälligen Häufung der Erkrankungen im Jahr 1929 hätte Koch stuhig werden müssen. Von den Eltern sei ihm der Gedanke nahegelegt worden, die Erkrankungen könnten auf die Calmette-Fütterung der Kinder zurückzuführen sein. Es liege somit Fahrlässigkeit vor. Der Angeklagte Dr. Altschädt habe außerordentlich fahrlässig gehandelt. Aber gerade das mache die Entscheidung überaus schwer, daß auf der Anklagebank Männer sitzen, die mit ganzer Liebe der Gesundheit und dem Wohl der Menschheit dienen. Prof. Deycke sei ein Mann von hoher ethischer Lebensauffassung und Dr. Altschädt habe sich von dem Gedanken leiten lassen, die Lübecker Kinder von dieser furchtbaren Krankheit zu retten, nachdem er vorher seine Gattin durch Tuberkulose verloren hatte. Aber, so erklärte der Oberstaatsanwalt, wir haben dem Gelehrten zu folgen. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Ein Großwahltag. Am 8. Mai sollen die Landtagswahlen in Preußen, Württemberg, Oldenburg und Anhalt abgehalten werden. Insaesamt würden 25 517 053 Wahlberechtigte von insgesamt 42 982 912 (nach der Wahlstatistik vom 14. September 1930) oder 87 v. H. aller Stimmberechtigten im Reich ertast.

Das Handwerk gegen die Zentralisierung in der Sozialversicherung

Der Vorstand der Handwerkskammer Stuttgart besaßte sich in seiner letzten Sitzung vornehmlich mit der vom Reich beabsichtigten Durchführung einschneidender Verwaltungsmaßnahmen und Organisationsänderungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Trotz aller Sympathien für eine durchgreifende Verwaltungs- und Finanzreform, die eine wirkliche Verbilligung der gesamten Verwaltung mit sich bringt und bei besonderer Betonung des Einheitsgedankens unseres Reichs verbietet sich das Handwerk und Gewerbe die ständige offensichtliche Vernachlässigung der süddeutschen Länder, insbesondere der württembergischen Interessen, sowie der dauernden Einschränkung der Zuständigkeiten des Landes und damit Erfüllung seines Eigenlebens. Es fordert von der württ. Regierung dringend, rechtzeitig den Kampf gegen die in der erwähnten Richtung immer mehr drohenden Gefahren und ist jederzeit bereit, die Regierung mit allen Mitteln in diesem Kampf zu unterstützen. Das württ. Handwerk bedankt sich für die Schaffung von Gefahrengemeinschaften, durch die jährlich viele Millionen Gelder aus Württemberg dem Reich zur Verfügung gestellt werden (vgl. Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw.), wenn andererseits seitens der Reichsstellen die württ. Wirtschaft bei der Vergebung von Reichsaufträgen u. dgl. in einer nicht mehr länger zu ertragenden Weise gegenüber anderen Ländern, namentlich Preußen, vernachlässigt wird.

Was die Bestimmungen der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 anbelangt, so hat die in der Notverordnung vorgeordnete Regelung der Hauszinssteuer bzw. Gebäudeversicherungssteuer enttäuscht. Auch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent ist vom Standpunkt der Handwerkswirtschaft aus, da sie weiterhin wirtschaftshemmend wirken wird, sehr zu bedauern. Begrüßt wird die endliche Einführung einer sogenannten Reichssteuer. Handwerk und Gewerbe erwarten von der Reichsregierung, daß nunmehr endlich Ernst gemacht wird mit der auch seitens der württ. Regierung geforderten Einführung der Erlaubnispflicht für Einheitspreisgeschäfte, Warenhäuser und warenhausähnliche Unternehmungen, wirksamere Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und gefühlige Maßnahmen zur Einschränkung der gewerblichen Schwarzarbeit. Für den Fall, daß eine reichsrechtliche Regelung dieser Fragen nicht möglich ist, muß mindestens verlangt werden, daß eine Regelung dieses Fragenkomplexes den Landesregierungen überlassen bleibt.

Württemberg

Stuttgart, 19. Jan. Finanzminister Dr. Dehlinger auf der Bauernbundstagung. Auf der Landesversammlung des Württ. Bauernbundes am Sonntag sprach noch Finanzminister Dr. Dehlinger, der ausführte, daß er nun schon acht Jahre lang der Vertrauensmann des Bauernbundes in der Regierung sei. Und acht Jahre schon habe er mit den Bauern gemeinsam gekämpft, gerungen und gepart. Jetzt ist der letzte Spargroschen vom Reich weggenommen worden. Wir wollen die Landwirtschaft retten, weil wir dadurch das Volk retten. Die große Not, die auch vor unseren Türen nicht halt macht, ist in erster Linie eine Auswirkung der Reichspolitik. Schon oft hat die württ. Staatsregierung dagegen angekämpft. Wir haben schon in Berlin mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Aber wenn die Regierung dauernd mit der Linken zusammenschließt, dann hilft keine Faust und kein Schwabenschrei mehr. Für uns in Württemberg ist von größter Wichtigkeit, daß wir für die Erhaltung der Staatshoheit und Selbstständigkeit eintreten und kämpfen.

Die Gewerkschaften beim Preiskommissar für Württemberg. Am Montag war unter Führung des Landtagsabg. Weimer eine Abordnung des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Preiskommissar für Württemberg, Polizeipräsident Kläiber, vorstellig, um näheres über die zur Herbeiführung einer Preisentfaltung in Württemberg beabsichtigten Maßnahmen zu hören. Polizeipräsident Kläiber wies darauf hin, daß es sein Bestreben sei, die Lebenshaltung der breiten Massen dem veränderten Einkommen unter allen Umständen anzupassen; zur Erreichung dieses Zwecks habe er bereits den Milchpreis gesenkt und eine eventuelle zwangsweise Senkung der Preise anderer Bedarfsartikel und Kosten des täglichen Bedarfs werde folgen.

Keine Schulgeldderhöhung bei den höheren Lehranstalten. Auf eine gemeinsame Eingabe, die vor einiger Zeit von den Elternschaften der Mehrzahl der höheren Schulen Württembergs wegen des Schulgeldes an Kultministerium

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein.
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W 30.
4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ach, Jörg, ich bin ja so glücklich, daß Fred kommt! Der bringt gleich eine ganz andere Luft ins Haus. Du sollst mal sehen, wie der Papa aufzuheitern versteht. Und auch dir wird er gefallen. Er ist ja ein so lieber Kerl.“

Wigand empfand zwar eher eine gegenteilige Ueberzeugung, aber er bezwang sich.

„An mir soll es nicht liegen“, versicherte er. „Ich will ihm ohne Vorurteil gegenüberstehen.“

„Ohne Vorurteil?“ Sie sah ihn an und nahm ihn lachend bei den Ohren. „Als ob dir Fred schon — Gott weiß was — getan hätte! Wenn man nicht wüßte, was für ein jeckensguter Mensch du im Grunde bist, man könnte ordentlich wütend werden auf dich.“ Und sich auf die Fußspitzen hebend, drückte sie ihm während der letzten Worte ihre Lippen auf den Mund.

Jörg umfing sie und zog sie dichter an sich. Ihre Schelmerlei ließ seine Liebe heiß aufwallen.

Und aus nächster Nähe senkte sich sein Blick mit leidenschaftlichem Fördern in den ihren.

Das Mädchen schloß unter diesem Blick die Augen, und ihre Hände glitten über sein Gesicht, die weichen Fingerspitzen drückten ihm die Lider zu.

Da riß er sie hoch, ihre ganze schlankte Mädchengestalt mit den Armen umfangend, sodas ihr in süßem Erschrecken fast die Sinne schwanden, und mit heißem Atem schlugen ihr seine Worte ins Ohr:

„Du mußt mich lieb haben — du mußt! Ich kann dich ja nicht missen, du mein ein und alles!“

Das Mädchen durchschauerte es. So hatte sie ihn noch nie gesehen; noch nie hatte er ihr die ganze Tiefe seines Empfindens so unverhüllt gezeigt. Ein jubelndes Glück, freudiger Stolz mischten sich ihr in das dunkle Angstgefühl, das sie bei diesem Ausbruch seiner Leidenschaft überfallen hatte. Ihre Arme umschlangen ihn stürmisch.

Dann aber entriß sie sich und flüchtete, das verwirrte Haar ordnend, zu den andern ins Wohnzimmer.

2. Kapitel.

„Was ist dir denn bloß, Liebster? Du sprichst ja kein Wort mehr!“

Unterm Tisch fühlte Wigand bei den leis geflüsterten Worten Ursulas den lebhaften Druck ihrer warmen, weichen Hand auf seiner Rechten. In der Tat hatte Wigand die letzten Minuten schweigend neben ihr gesessen und gedankenverloren, in dem fröhlichen Geschwirr der Tafelunterhaltung ringsum vor sich hingeblickt.

Nun sah er auf, bestrebt, mit einem Lächeln seine wahren Empfindungen zu verbergen.

„D nichts!“ Ein ernster Fall in der Praxis ging mit nur gerad durch den Kopf.“

„Gott sei Dank!“ Erleichtert und wieder froh preßte sie noch einmal seine Hand. „Ich dachte schon, du wärst böse auf mich, weil ich mich so lange mit Fred unterhalten habe.“

Sein Blick stog unwillkürlich zu Fred Drenck hinüber, der mit lachender Miene angelegentlich zu seiner Tischdame sprach. Wie ein noch fernes Wetterlohen zuckte es in diesem Blick auf, unbemerkt von denen, denen es drohte.

Ursula und der Beter hatten lange Zeit miteinander geplaudert, ganz verloren in gemeinschaftliche Jugenderinnerungen, von denen Jörg nichts wußte. So hatte er denn recht überflüssig dabei gesessen, ohne daß die beiden im unbewußten Egoismus ihres Frohsinns auch nur den Versuch gemacht hätten, ihn in die Unterhaltung zu ziehen.

Aber das war ja nur ein Glied in der langen Kette von schmerzlichen Erfahrungen, die Wigand in diesen letzten acht Tagen hatte machen müssen. Die Erscheinung Alfred Drencks hatte auf Ursulas Wesen noch weit schlimmer gewirkt, als Jörg es befürchtet hatte. Seine Braut stand unter dem Banne von Freds Persönlichkeit. Es war, als ob er, wie mit einem Zauber, jene zweite, bisher unterdrückte Natur in ihr plötzlich zu stärkstem Leben erweckt hätte.

Es war wirklich etwas wie ein Zauber über Ursula gekommen. Sie sah in Fred gleichsam eine Verkörperung der Welt ihres geheimsten Sehnsens. Der elegante, noch jugendlich geschmeidige Pilot mit seiner bestridenden Lebenswürdigkeit gegen Frauen, seinem sieghaften, fast ledigen Auftreten, seinem stets lachenden Frohsinn, der so leicht mit Fortriß — er wirkte einfach faszinierend auf sie.

Mit einem Gefühl von Selbstverständlichkeit gab sich Ursula dem Zauber seines Wesens hin, das in ihr ja nur ein allzu mächtiges Echo weckte. Fühlte sie sich doch seiner Art so im Innersten verwandt: Das war's ja, wonach sie dürstet, — diese hellstrahlende, berauschende Lichtflut des Lebens!

Fred, der auch das Herz des Majors gewonnen hatte — in wehmütiger Erinnerung stieg bei seinem Anblick dem ersten Manne die eigene schöne Jugendzeit in der Erinnerung auf — mußte es dem Onkel abguschmeicheln, daß fast jeder Tag seines Besuchs ein neues Fest für die jungen Leute brachte. Wohl hatte Wigand ein paar mal versucht, dem lebenswürdigen Verführer in Ursulas erstem Interesse ein Paroli zu bieten; aber der alte Drenck hatte ihm schließlich selbst zugeredet, doch einmal fünf gerade sein zu lassen und sich und den anderen die paar Festtage zu gönnen. Freds Urlaub lief ja nach vierzehn Tagen ab, und dann käme alles wieder ins alte Gleis der Ordnung.

(Fortsetzung folgt).

und Landtag gerichtet wurde, teilt das Kultministerium mit, daß an eine Erhöhung des Schulgeldes für den Besuch der höheren Schulen zur Zeit nicht gedacht werde und daß die Frage der Auswärtigenzuschläge, um Härten zu vermeiden, neu geprüft werden soll.

Haushalt der Amtskörperschaft gefährdet. Die Entwicklung des Krisenförgeanteils der Amtskörperschaften im Rechnungsjahr 1931 wirkt sich, wie von sachkundiger Seite mitgeteilt wird, als eine ernste Gefährdung der Haushalte der Amtskörperschaften aus, weil diesen die Erhöhung der Amtskörperschaftsumlage während des Rechnungsjahrs unterlagt ist und Schuldaufnahmen unzulässig sind. Der Steuereingang wird immer schleppender, die Rezzmittel sind aufgebraucht, während andererseits zur Bestreitung der Fürsorgekosten und des Kostenanteils an der Krisenfürsorge von den Amtskörperschaften monatliche Vorzuschüsse verlangt werden. Die Höhe des Unterstützungsanteils ist zudem auf den einzelnen Bezirk sehr verschieden. So entfallen auf 1 Kopf der Wohnbevölkerung im Bezirk Stuttgart-Amt 2,012 RM., im Bezirk Böblingen 1,614 RM., im Bezirk Stuttgart-Stadt 1,587 RM., im Bezirk Eßlingen 1,574 Reichsmark, im Bezirk Ludwigsburg 1,273 RM. Am Ende der Reihe sind der Bezirk Mergentheim mit 0,048 RM. und der Bezirk Gerabronn mit 0,0038 RM. Es muß versucht werden, auf andere Weise Abhilfe zu schaffen. Ohne Verzug ist eine wesentliche Senkung des Aufwands anzustreben. Dies wäre erreicht, wenn die Gemeinden das Gemeindefinanzwesen, das auf sie entfällt, wie in den anderen Ländern selbst tragen. Die Unterstühtungsbedürftigen sollen also von der Amtskörperschaft zurück zu der Gemeinde, die ihre Verhältnisse am besten beurteilt und der wirklichen Not auch am besten steuern kann. Auf dem Gebiet des Fürsorgewesens besonders stark belastete Gemeinden mühten aus öffentlichen Mitteln in einer Höhe unterstüht werden, die ein Zusammenbrechen verhindern.

Das Verbot der Verwendung roter Farben bei Plakaten, besonders politischer Inhalts, ist als wenig wirksam vom Reichsinnenminister aufgehoben worden.

Das Ergebnis des Wohltätigkeitsportfestes. Der Wohltätigkeitsabend in der Stadthalle, der vom Stadtverband für Verbesserungen zusammen mit dem Südd. Rundfunk und Würt. Landesheater, sowie dem Sportklub und der Handelshof A.-G. veranstaltet wurde, hat einen Reinertrag von rund 4000 Mark erbracht, der der Nothilfe überwiesen werden kann.

Die Monatschrift Württemberg, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Landesamts für Denkmalpflege, widmet das demnächst erscheinende Januarheft dem Alten Schloß, seiner Geschichte, dem Brand und den Fragen des Wiederaufbaus und der künftigen Verwendung. Der Reinertrag wird der Schloßbrandhilfe zugewiesen werden.

Mißglückter Raubüberfall. Ein dreier Raubüberfall wurde Sonntagabend in einer im ersten Stock gelegenen Wohnung der Retraitestraße verübt. Die Täter, zwei junge Burken, säuteten an der Glasfront der Wohnung, in der sich zu dieser Zeit nur ein älteres Ehepaar befand. Der Mann öffnete arglos und fragte, was sie wollten. Der eine gab an, sie seien arbeitslos und hätten noch keine Schlafstelle. Plötzlich drang der andere auf den Ahnungslosen ein, packte ihn an der Brust und begann, ihn zu würgen. Es gelang dem Angegriffenen jedoch, sich loszureißen und um Hilfe zu rufen. Daraufhin ergriffen die Eindringlinge die Flucht und verschwanden spurlos.

Der Fluch der bösen Tat. Durch ungewöhnlich raffinierte Fälschungen in den Lohnbüchern bei der Möbelabrik in Wendlingen gelang es dem 31 J. a. verheirateten Kaufmann Hermann Klenke von Rürtingen schon vier Wochen nach seiner Einstellung, von dem Kassier mehr Lohngehdler zu erhalten, als er benötigte. Während er so im Jahr 1929 noch 6500 Mark erschwindelte, steigerte er die Beträge im nächsten Jahr um mehr als das Doppelte und schließlich kam er im Jahr 1931 auf einen täglichen Betrag von etwa 100 Mark. Nachdem er auf diese Weise seine Firma innerhalb 3 Jahren um annähernd 50 000 Mark geschädigt hatte, fand am 28. Oktober vorigen Jahres eine Kontrolle der Lohnbücher statt. Nun fuhr der ungetreue Buchhalter zu einem Geschäftsführer der Firma nach Stuttgart und veranlaßte diesen, ihm dabei behilflich zu sein, in der Fabrik die zuvor mit Sprit getränkten Lohnbücher zu verbrennen, weil er angeblich im Interesse der Firma Steuerunterschlüge gemacht habe. Als Klenke in der darauffolgenden Nacht in der Fabrik sich einfind, goß er Sprit über die Lohnbücher. Schon wollte er daran gehen, das Feuer aufkommen zu lassen, da wurde er von der Kriminalpolizei gefaßt. Klenke hatte sich heute vor dem erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Er ist wegen ähnlicher Taten vorbestraft. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus, 600 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust.

Vom Tode. Selbstmord durch Erhängen verübte in einem Haus der Digastraße eine 41 J. alte Frau.

Aus dem Lande

Vaihingen a. d. F., 19. Jan. Gasexplosion. Aus bisher noch nicht geklärt Ursache entstand im Badezimmer einer Wohnung in der Schießmauerstraße eine schwere Gasexplosion, welche das Badezimmer und teilweise auch die anstößenden Wohnräume zerstörte. Auch das darüberliegende Stockwerk und der Dachstuhl wurden beschädigt. Der Inhaber der Wohnung, ein 40 J. alter Chauffeur, erlitt starke Brandwunden und eine Leuchtgasvergiftung und mußte in das Marienhospital nach Stuttgart gebracht werden.

Marbach a. N., 19. Jan. Frau Kiebling-Krieger 70 Jahre alt. Am Montag feierte laut Marbacher Zeitung die in den Kreisen des Schwäbischen Schillervereins durch ihre Verdienste um die Bereicherung des Schillerationalmuseums bekannte Urgroßnichte Schillers, Frau Amalie Kiebling-Krieger in Wödmühl, ihren 70. Geburtstag in bester körperlicher und geistiger Frische. Frau Kiebling-Krieger stammt von Schillers Schwester Luise ab, die als Gattin des Stadtparrers Franch 31 Jahre lang (1805—1836) in Wödmühl gelebt und dort auch gestorben und begraben worden ist. Infolge dieser Abkunft kamen diese wertvolle Schillersche Familienstücke und Briefe in den Besitz der Jubilarin. Ein Teil ist bereits in das Schillerationalmuseum gekommen. Sie bewahrt aber noch viel Wertvolles. Alles hat sie zu einem hübschen kleinen Schillergemach vereint.

Hall, 19. Jan. Drohender Brand auf der Comburg. Auf der Comburg bemerkte man in den frühen Morgenstunden im Waldraum des Volkshochschulgebäudes eine starke Rauchentwicklung. Einige in der Nähe des Ofens befindliche Gegenstände hatten Feuer gefangen, das aber durch die Bewohner sehr rasch gelöscht wurde. Im Zusammenhang damit erzählt das Haller Tagblatt, daß das

Bezirksbauamt-Hall in diesen Tagen mit dem Umbau der alten Kamme auf der Comburg beginnen und nachdrücklich die Wasserversorgung und Einrichtung der Warmwasserheizung auf der Comburg betreiben wird.

Stimpfach M. Crailsheim, 19. Jan. Schweres Brandunglück. Am Montagabend brach in einem an die Scheuer der Wirtschaft zum „Falken“ angebauten Schuppen Feuer aus, das rasch größere Ausdehnung annahm und auf die Scheuer mit Stall und die Wirtschaft zum „Falken“ übergriff. Die Scheuer mit den eingelagerten Heu- und Strohpforten, sowie die angebaute Scheuer des Kaufmanns Funck brannten völlig nieder, während das Wirtschaftsgebäude ausgebrannt ist. Das anliegende Gebäude des Kaufmanns Funck wurde durch das überirringende Feuer ebenfalls schwer beschädigt. Auch das Pfarrhaus, das geräumt wurde, war zeitweise stark bedroht.

Sindelfingen, 19. Jan. Tot aufgefunden. Architekt Fr. Keller wurde heute früh im Bach beim Waldhaus tot aufgefunden. Ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Tübingen, 19. Jan. Zur Landtagswahl. In der ordentlichen Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei Tübingen am Samstag wurde auch zu der am 8. Mai d. J. stattfindenden Landtagswahl Stellung genommen und beschlossen, Kalbfell-Behlingen als Kandidat für den Bezirk zu gewinnen.

Tübingen, 19. Jan. In den Ruhestand. Oberstaatsanwalt Abegg tritt mit Ablauf des 30. April d. Js. kraft Gesetzes in den Ruhestand.

Geislingen a. St., 19. Jan. Füchsräude im Bezirk. Die Jagdpächter, die schon bisher keine große Ernten einheimen konnten, leiden nun auch noch Schaden durch Krankheit unter dem Bild. Die Felle der Füchse müssen vernichtet werden, da sie durch Räudekrankheit völlig wertlos sind.

Keutlingen, 19. Jan. Nationalsozialistische Versammlung aufgelöst. Der Polizeibericht meldet: Die gestern abend im „Hirsch“ in Bezingen abgehaltene nationalsozialistische Versammlung wurde kurz nach 10 Uhr von dem überwachenden Polizeibeamten aufgelöst, weil der Redner, ein Herr Gädzel aus Hessen, die Offenbacher Polizeibehörde bezichtigte, einem gewissen Schäfer ein falsches Zeugnis ausgestellt zu haben. Da der Redner diese Behauptung nicht richtigstellte, wurde die Versammlung aufgelöst.

Verbot des Straßenhausierhandels. Die Handwerkskammer Keutlingen teilt mit: Nach einem mit dem Bürgermeisteramt und der Polizeidirektion Keutlingen geführten Schriftwechsel ist in Keutlingen die Benützung der öffentlichen Straßen und Plätze zu Privatzielen, insbesondere zu Verkaufszwecken ohne vorhergehende polizeiliche Erlaubnis nicht zulässig. Diefem Verbot unterliegt also auch der Straßenhausierhandel und der Hausierhandel unter Benützung von Lastkraftwagen.

Oberndorf, 19. Jan. Aus dem Gefängnis entlassen. Der wegen Untreue mit Gefängnis bestrafte ehemalige Stadtpfleger Lamp aus Oberndorf wird am 19. Februar aus dem Gefängnis entlassen, da ihm einige Monate der Strafe wegen „guter Führung“ geschenkt wurden.

Göppingen, 19. Jan. Die Dittenbacher Einbrecher festgenommen. Der Einbruchdiebstahl im Gasthaus zur „Krone“ in Dittenbach hat seine Aufklärung gefunden. Am Sonntag vormittag wurde als Täter der 19 J. alte Gelegenheitsarbeiter Edgar Ziller von Renningen M. Geislingen in seinem Absteigequartier in Göppingen festgenommen. Ein Teil des gestohlenen Gelds konnte ihm abgenommen werden. Mit der Ergreifung Zillers konnte auch ein weiterer, am 6. Januar d. J. bei einem Küfermeister in Groß-Eisingen begangener Diebstahl von 43 Mark aufklärt werden.

Ulm, 19. Jan. Preissenkung. In der Sitzung der Wirtschaftlichen Abteilung wurde eine Senkung der Preise im Stadtbad genehmigt. Sie beträgt durchschnittlich 10 Prozent. Die Ersparnis an Gehältern, Löhnen, Zins und Materialien beträgt etwa 8000 RM., die Preisermäßigung bringt eine Mindereinnahme von 10 000 RM. Die Schlachthausgebühren wurden um 10 Prozent gesenkt. Hier beträgt die Ersparnis etwa 18 000 RM., die Wenigereinnahme wird mit 17—19 000 RM. berechnet. Auch die Waagegebühren werden ermäßigt. — Die nationalsozialistische Fraktion hat an den Gemeinderat einen Antrag auf Aushebung des Schächtens im Schlachthof gestellt. Sollte dieser Antrag nicht durchgehen, dann soll die Gebühr für das Schächten auf das 20fache erhöht werden.

Grodt M. Viberach, 19. Jan. Sohn und Mutter an Wurstvergiftung gestorben. Vor etwa vier Wochen nahm die Landwirtschaftliche Familie Werner eine Haus-schlachtung (Rind) vor. Während beim Genuss des geschlachteten Fleisches keineswegs Beschwerden irgendwelcher Art auftraten, wurden einige Familienmitglieder vor 14 Tagen nach dem Verzehr von Wurst ernstlich krank. Am Mittwoch vormittag ist der Sohn Union Werner der folgenden Erkrankung erlegen. Nunmehr ist auch die Mutter, Frau Theresia Werner, aus dem Leben geschieden. Bei beiden ist, wie festgestellt wurde, Wurstvergiftung die Todesursache.

Ravensburg, 19. Jan. Neues, großes Tätigkeitsfeld für die Omira. Durch Schließung der Milchfabrik Aidenbach ist der südlichste Teil des bayerischen und württembergischen Allgäus in erhebliche Milchverwertungs-schwierigkeiten gekommen. In einer Versammlung gab Direktor Stöffler vom Oberschwäbischen Milchwerk Ravensburg, Omira Ravensburg, die Erklärung ab, daß die Omira in der Lage sei, die Milch, die bisher in Aidenbach verwertet land, noch in Ravensburg zu verwerten, dank des großen Absatzes, den die Omira-Butter, besonders in Mitteldeutschland, gefunden hätte. Zur weiteren Regelung der einzelnen Fragen wurde ein Ausschuß gebildet. Es handelt sich im bayerischen Gebiet um die Milch-anlieferung von etwa 15 000 Liter, während aus dem württembergischen Gebiet um Alßberg etwa 10 000 Liter frei werden. Damit dürfte sich für die Omira ein neues, großes Tätigkeitsfeld erschließen.

Vom Kislertal, 19. Jan. Gute Geschäftslage. Als glückliche Oase bezüglich des Geschäftsganges darf das Kislertal und hier vor allem der große Ort Burladingen bezeichnet werden. Die Trikotwebereien arbeiten nach wie vor gut und in allen Schichten weiter.

jetzt 90 u. 45 Pf. **Woburn** wirkt wie gurgeln es beugt Erkältungen vor!

Lokales.

Wildbad, den 20. Januar 1932.

Aus dem Vereinsleben. Bei der am letzten Samstag stattgefundenen Generalversammlung des Fußballvereins wurde der seitherige erste Vorsitzende Dr. Sommer wiedergewählt. Spielausschub-Vorsitzender wurde Wilhelm Schill, Bauunternehmer. — Nach 6jähriger Tätigkeit als Vorsitzender des Radfahrereins „Schwarzwald“ hat, wie wir erfahren, Gustav Schmid sein Amt als solcher niedergelegt.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 21. Januar
6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gmnacht. 7.10: Wetterbericht. 10.00: Orgelsonnet. 11.00: Nachrichten. 11.15—11.30: Wöchentliches Functwerbungstongest. 12.00: Wetterbericht. 12.05: Functwerbungstongest. 12.55: Konzert. 13.00: Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Konzert. 14.00: Spezial-scher Sprachunterricht für Anfänger. 15.00: Englischer Sprachunterricht für Anfänger. 15.30—16.20: Stunde der Jugend. 17.00: Konzert. 18.30: Zeitangabe. 18.40: Vortrag: Redensarten, Lustiges und wertvolles Rechnen. 19.05: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 19.10: Richard Wagner. 20.30: Länder-Querschnitt: Grenzreich in seiner Kunst. 21.15: Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten. 22.30—23.30: Tanzmusik.

Die Zahl der Rundfunknehmer Deutschlands betrug am 1. Januar 1932 3 980 852. Darunter befanden sich 283 000 Erbeilelose, Blinde und Schwerbeschädigte, denen die Bezahlung der Rundfunkgebühren erlassen ist. Im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahrs hat sich die Zahl der Rundfunkhörer um fast 250 000 vermehrt, im abgelaufenen Jahr überhaupt um rund 470 000.

Zur Lage der Landwirtschaft

Wie unsinnig die Preisverhältnisse bei den bäuerlichen Erzeugnissen geworden sind und wie sehr die Zahlungsfähigkeit des Bauern dadurch schwinden muß, dafür legen nachfolgende Beispiele, die von Gutsbesitzer Raier-Pommersweiler mitgeteilt werden, bezeichnendes Zeugnis ab.

Ich kaufte vor 14 Tagen ein zweijähriges Rind von einem Händler im Gewicht von 720 Lit. zu 131 Mark. Vor zwei Jahren, als das Rind angefaßt wurde, war der Preis für Käber 120—140 Mark; heute nach zwei Jahren bekommt der Mann 131 Mark, also vielleicht nicht mehr so viel, als er für sein Rind feinerzeit bekommen hätte. Wieviel Aufwendung, Mühe und Arbeit während zwei Jahren, und alles umsonst! Dabei ist zu erwähnen, daß Steuern, Sozial-lasten und alle notwendigen Ausgaben nicht abgeschrieben sind. Das Rind hätte 1914 einen Mindestpreis von 220 Mark erbracht. Damals waren die Steuern in dieser Gemeinde 400 Prozent niedriger, die Soziallasten 500 Prozent. Ob ich an dem Rind ein Futtergeld verdiene, ist fraglich.

Ein weiteres Beispiel: Ein Händler bot mir für eine 6ste jüngere Kuh 75 Mark; daraufhin schlachtete ich die Kuh selbst und verkaufte das Fleisch 5 Pfund zu 1,30 Mark, Schlachtabraten zu 50 Pf. das Pfund. Die Kuh hatte ein Fleischgewicht von 480 Pfd., somit der Erlös 172,80 Mark. Die Haut ohne Kopf 65 Pfd. gleich 23,20 Mark, so daß der ganze Erlös 196 Mark ausmacht. Fleischbeschaugebühr, Metzger und meine Arbeit sind reichlich gedeckt durch das Eingekochte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Neuer Ehrenbürger der Jenaer Universität. Rektor und Senat der Universität Jena haben beschlossen, den Deutsch-Amerikaner Richard Bartholdi aus Schlein in Thüringen zur Reichsgründungsfeier zum Ehrenbürger der Universität zu ernennen. Bartholdi, der Mitglied des Abgeordnetenhauses in Washington ist, hat sich bei jeder Gelegenheit mannhaft und erfolgreich für das Recht und das Wohl seiner deutschen Heimat eingesetzt.

Bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer Niederschlesien, durch welche die Hälfte der Sitze neu zu belegen war, haben die Nationalsozialisten 29 Mandate, der Landbund 8, der Schlesische Bauernbund 7 und der Schlesische Bauernverein ein Mandat erhalten.

Karnevalsbeschränkung in Baden. Die badische Regierung hat öffentliche Festlichkeiten und private Veranstaltungen in öffentlich zugänglichen Räumen auf die Zeit vom 18. Januar bis Faschnachtsdienstag (9. Februar) beschränkt. Umzüge und Faschnachtsreiben auf den Straßen sind verboten. Wo althergebrachte Veranstaltungen üblich sind, können sie in der Zeit vom 4. bis 7. Februar gestattet werden. Die städtische Festhalle in Karlsruhe wurde bis jetzt nur von drei Vereinen gemietet, alle anderen haben abge-sagt.

Schwere Gasexplosion. In einem Haus in der Raumannstraße in Köln-Riehl hatte sich nachts ein Schwerkriegsbeschädigter in die Küche seiner Wohnung eingeschlossen und den Gashahn geöffnet, um sich das Leben zu nehmen. Als seine Frau am Morgen die Tür verschloffen fand, bot sie, nichts Gutes ahnend, einem Nachbar, ihr beim Öffnen der Tür behilflich zu sein. Beim gewaltigen Aufbrechen kam es zu einer schweren Explosion, wodurch der Nachbar schwer und die Frau leicht verletzt wurden. Außerdem wurde die Küche vollständig zerstört. Der Schwerkriegsbeschädigte war bereits vor der Explosion an den Folgen der Gasvergiftung gestorben. Die beiden Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Ursache der Explosion liegt darin, daß im Küchenherd noch Gas vorhanden war, das das ausgefüllte Gas in dem Augenblick zur Entzündung brachte, als durch die plötzliche Türsprengung Luft hinzutrat.

Neue Südpolexpedition Bjords? Aus Neuyork wird gemeldet: Der Polarforscher Admiral Byrd plant eine neue Südpolexpedition. Er gab bekannt, daß Freunde ihm schon ein Schiff zur Verfügung gestellt hätten und daß 35 Tonnen Ausrüstungsmaterial im Marinehafen von Boston auf-gespeichert lägen. Ueber das Datum einer etwaigen Südpol-jahrt konnte er noch keine Auskunft geben.

Grubexplosion. In den Anthrazitkohlenruben der Pulaski-Gesellschaft in Barrois (St. Virginia) entstand eine Explosion schlagender Wetter, durch die sechs Bergleute ge-tötet wurden.

Auf der Karsten-Zentrumsgrube in Beuthen konnten Samstag spät abend von den sieben Vermissten zwei Leichen in Gestein eingeklemmt, nach äußerst gefährlicher Arbeit geborgen werden.

Sohnesmord. In Raderthal bei Köln erschof am Sonntag früh ein 50jähriger Schreiner seinen schlafenden 23-jährigen Sohn, worauf er sich der Polizei stellte. Er hatte am Samstag mehrmals mit dem Sohn Streit gehabt.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Am Sonntag abend 7.10 Uhr ist der Personenzug Paris—Abbeville bei der Station Saint Just entgleist. Ein Reisende wurde getötet, zwanzig verletzt. Vor der Station Saint Just erfolgte an einem Wagen ein Unfall. Der Zug fuhr trotzdem mit verminderter Geschwindigkeit weiter; an der ersten Weiche sprangen die vier hinter dem beschädigten Wagen laufenden Wagen aus dem Gleis. Zwei Wagen zweiter Klasse wurden zertrümmert. Ein dicht neben der Unfallstelle stehendes Weichenstellhaus wurde vollkommen eingedrückt, dabei wurden drei Weichensteller schwer verletzt.

Handel und Verkehr

Die deutsche Einfuhr im Dezember

hat von 482 auf 485 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Ausfuhr wird mit 712 Millionen Reichsmark ausgewiesen gegen 734 Mill. RM. im Vormonat. Die Reparationsnachlieferungen, die im November 14 Mill. RM. betragen, erscheinen im Dezember mit einem Betrag von 25 Mill. RM. Die Gesamtausfuhr beträgt dabei 738 (749) Mill. RM. Die Handelsbilanz zeigt im Dezember eine Aktivität von 224 Mill. RM.; einfluß der Reparationsnachlieferungen beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 250 Mill. RM. gegen 267 Mill. RM. im November. Am ganzen Jahr 1931 betrug die tatsächliche Einfuhr 6632 (im Jahr 1930: 10 200) Mill. RM. und die Ausfuhr 9206 (11 329) Mill. RM. Die Reparationsnachlieferungen haben sich von 707 auf 393 Mill. RM. vermindert. Die Handelsbilanz im Jahr 1931 (unter Berücksichtigung der Lagerabrechnungen) schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 2574 Mill. RM. und bei Einrechnung der Reparationsnachlieferungen mit einem solchen von 2967 Mill. RM. ab. Gegenüber dem Vorjahr, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1800 Mill. RM. aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß um nicht ganz 1200 Mill. RM. zugenommen.

Der Rückgang der Einfuhr ist natürlich in der Hauptsache auf den Notstand im Reich zurückzuführen. Ohne Zweifel kann aber auch die verdienstvolle Werbung „für deutsche Ware“ einen nicht geringen Anteil an dem Erfolg sich zuschreiben. Mit der stark entwickelten Ausfuhr wird andererseits kein allzu großer Gewinn verbunden gewesen sein. Es ist auch bereits ein recht fühlbarer Rückgang der deutschen Ausfuhr infolge der Schutzzölle und Kontingentierungen sowie des Währungsdumpings in verschiedenen Staaten festzustellen.

Pferde-Stammbuchregister in Ungarn

Das ungarische Landwirtschaftsministerium hat zwecks planmäßiger Entwicklung der heimischen Pferdezucht angedeutet, daß jedes Pferd für die Stammbuchregistrierung anzumelden ist. Auf dem Anmeldebogen sind u. a. Vater und Mutter, sowie der Zeitpunkt der Geburt genau anzugeben. Die Scheine sind bis zum 20. Januar auszufüllen. Welche Ummenge von Verwaltungsausschüssen dies namentlich für die Städte bedeutet, das zeigt allein schon das Beispiel der 90 000 Einwohner zählenden nordungarischen Stadt Debreczin, in der nicht weniger als 10 000 Pferde angemeldet werden müssen.

Berliner Pfundkurs, 19. Jan. 14,46 G., 14,50 S.

Berliner Dollarkurs, 19. Jan. 4,209 G., 4,217 S.

Preisdistrik 7 v. S. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 19. Jan. Grundpreis 44,20 RM. d. Ag.

Gegen die Höhe der Betriebsstoffpreise in Württemberg wendet sich der Württ. Automobilklub in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium und an den Württ. Preiskommissar. Das Benzin ist in Württemberg an den Zapfstellen gegen Hamburg um 8, gegen München um 5 Pfg. je Liter teurer (35 gegen 39 Pfg.). Gegenüber Bayern haben die Württ. Kraftfahrer im Verhältnis

dadurch jährlich 5 1/2 Millionen Mark Mehrkosten für Betriebsstoff. Verlangt wird, daß der Preis wenigstens demjenigen in Bayern angeglichen werde.

Der Lohnstreik bei Salamander N.G. in Kornwestheim. Die Verhandlungen am Montag in Stuttgart dauerten bis in die Nacht, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Der Schlichter hat nun einen Vergleichsvorschlag vorgelegt, der von der Salamander-N.G. angenommen worden ist.

Bad Mergenthal N.G. Die Hauptversammlung wird auf 8. Februar nach Stuttgart einberufen. Vorgeschlagen wird, das Kapital von 1 850 000 M. im Verhältnis von 5:1 auf 370 000 M. zusammenzulegen und dann wieder auf 1 Million zu erhöhen.

Die Strengwerke, die Aktienpapiere des bekannten schwedisch-amerikanischen Großkonzerns (Zandholzmonopol) haben im Jahr 1931 einen Kursverlust von 1052 Millionen Kronen zu verzeichnen. — Auch die Kreuzerbäume wachsen nicht in den Himmel.

Brennabor wird N.G. Die Firma Gebrüder Reichstein, Brennabor-Werke, teilt den Gläubigern in einem Rundschreiben mit, daß in der Sitzung des Gläubigerausschusses vom 15. Januar eine Einigung unter allen Beteiligten über den Vergleichsvorschlag erzielt worden ist. Es ist beabsichtigt, die Firma in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die mit einem Kapital von 3 650 000 M. ausgestattet werden soll.

Schiedspruch in der badischen Textilindustrie. In der badischen Textilindustrie wurde durch einen Schiedspruch das Lohnabkommen vom 7. März 1927 wieder in Kraft gesetzt, was einer Senkung der Löhne um 5 Prozent gleichkommt. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt.

Berliner Getreidepreise, 19. Jan. Weizen märk. 22,70—22,90, Roggen 19,90—19,90, Braugerste 16—17, Futter- und Industrieernte 15,50—16, Hafer 13,60—14,40, Weizenmehl 27,50—31,25, Roggenmehl 27—29,25, Weizenkleie 9,60—10, Roggenkleie 9,60—10.

Bremen, 19. Jan. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,83

Märkte

L.C. Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 33 Ochsen, 46 Bullen, 344 Jungbullen, 416 Rinder, 415 Kühe, 1790 Kälber, 2293 Schweine, 1 Ziege. Unerkauft: 5 Ochsen, 40 Jungbullen, 100 Rinder, 10 Kühe, 70 Kälber, 50 Schweine. Verkauf: Großvieh langsam, Ueberstand, Kälber schleppend, Schweine langsam.

	19. I.	14. I.		19. I.	14. I.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	29—32	—	fleischig	12—15	—
vollfleischig	25—28	—	gering genährt	9—11	—
fleischig	21—24	—			
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	24—28	25—27	feinste Mast- und beste Saughälber	35—38	40—42
vollfleischig	22—23	22—24	mittl. Mast- und gute Saughälber	28—34	33—38
fleischig	20—21	—	geringe Kälber	25—27	28—31
Rinder:			Schweine:		
ausgemästet	33—35	31—36	über 300 Pfd.	—	—
vollfleischig	26—31	24—32	240—300 Pfd.	41—43	44—46
fleischig	21—24	—	200—240 Pfd.	42—43	44—45
gering genährt	—	—	160—200 Pfd.	39—41	42—43
Kühe:			120—160 Pfd.	36—38	38—40
ausgemästet	22—26	—	unter 120 Pfd.	36—38	38—40
vollfleischig	17—20	—	Sauen:	28—31	—

Ulmer Schlachtviehmarkt, 19. Jan. Zutrieb: 6 Ochsen, 20 Färren, 26 Kühe, 22 Rinder, 203 Kälber, 312 Schweine. Preise: Ochsen 1. 28—30, Färren 1. 22—26, 2. 18—19, Kühe 2. 16—20, 3. 12—15, Rinder 1. 28—30, 2. 24—26, Kälber 1. 32—34, 2. 26 bis 28, Schweine 1. 36—38, 2. 32—34 M. Marktverlauf: Großvieh langsam geräumt, Kälber und Schweine feiner Ueberstand.

Vorheimer Schlachtviehmarkt, 19. Jan. Zutrieb: 2 Ochsen, 9 Kühe, 52 Rinder, 22 Färren, 33 Kälber, 430 Schweine. Preise: Ochsen 1. 32—33, 2. 28—30, Färren 1. 27, 2. und 3. 25—23, Kühe 1. 24, 2. und 3. 20—12, Rinder 1. 35—37, 2. 31—34, Kälber 2. 41—44, 3. 34—38, Schweine 2. und 3. 45—46, 4. 42 bis 44 M. Marktverlauf: Mäßig belebt.

Landwirtschaftskammerwahl.

Es wird auf den Anschlag am Rathaus betreffend die Bekanntmachung der für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer zugelassenen Wahlvorschläge hingewiesen.

Wildbad i. Schw., den 20. Januar 1932.

Bürgermeisteramt.

Düngerfalk.

Nehme im Auftrag Bestellungen für kohlen-sauren Kalk zum Düngen 95—99% (Kammerfalk, unter ständiger Kontrolle der Württ. Landwirtschaftskammer) bis zum 25. Jan. entgegen

Zentner 80 Pfg.

Gärtner Wolf, Telephon 273.

Ich liefere

ab Fabrik zu Vorzugspreisen

Schrankfertige Bett-, Tisch- und Küchenwäsche
Baumwolltuche, Halbleinen, Leinen
in allen Breiten

Woll-, Kamelhaar-, Stepp- und Daunendecken

Karl Riester, Wildbad

Telefon 694.

2-3 möblierte Zimmer

mit Küche oder Küchenbenützung auf einige Wochen eventuell länger für sofort gesucht.

Offerten unter N 3 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

3 Sondertage

von heute bis Samstag

1/2 Pfund Speck geräuchert

mit 2 Pfund Sauerkraut

oder mit 1 Pfund Linsen

nur 58 ¢

Heute eingetroffen:

Frischer

Rabeljan

u. Schellfisch

Pfd. 37 ¢

Rabeljan-Filet

Pfd. 55 ¢

Frischgewässerte

Stoßfische

Pfd. 35 ¢

Frische Bückinge

Pfd. 32 ¢

Blumenkohl

schöne Köpfe

Stück 30 ¢

5% Rückvergütung

Pflanzkuch

2 Schlager

Sie erhalten:

1 Z Weizenmehl
1 Z Voll-Reis
1 Z Erbsen
1 Z Linsen
1/2 Z Cocosfett
für nur 100 RM

ferner:

1 Z Zwetschgen
1 Z Maccaroni
1 Z Weizengrieß
für nur 100 RM

und 5% Rabatt

LUGER

Drüsengezeichnete Steuerberatung

bieten die

Wirtschaftlichen Kurzbrieft.

41000 KAUFLEUTE

bedienen sich der „W.-K.“ als eines unentbehrlichen Behelfs! Dreißig Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Kurzbrieft“. Schnell und zuverlässig orientieren die „W.-K.“ über folgende Gebiete: Steuerwesen, Aufwertung, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank und Börse, sowie aktuelle Wirtschaftsfragen verschiedenster Art. Monatlicher Bezugspreis nur RM 2,65. Verlangen Sie erstmalig Probeabonnement!

RUDOLF LORENTZ VERLAG

Charlottenburg 9

Kaiserdamm 38

Gutschein!

An den Rudolf LORENTZ Verlag Charlottenburg 9

Gegen Einsendung dieses Kopons erhalten Sie eine Zeitung der „W.-K.“ gratis zugewandt!



Heute abend 8.00 Uhr

Singstunde

2-Zimmerwohnung

mit Zubehör

von pünktl. zahlender Familie

auf sofort gesucht.

Offerten unter Nr. 15 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Blutfrische vollwertige

Seefische

sind heute eingetroffen

Ad. Blumenthal

Fisch, Wild und Geflügel

Wer sucht Geld?

Ab 500 Mark in jeder Höhe. Bau-, Hypotheken- und Darlehensgelder. Keine Vermittlung. Auskosten kostenlos durch Otto Sigle, Pforzheim, Rheinlstr. 4. Nachweislich laufende Auszahlungen um Interessenten.

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch VENUS (Stärke B) besetzt. Preis M 2,75.

Eberhard-Drogerie

